

Propaganda, dessen ihre Gegner sich sehr wohl zu bedienen wissen, ganz außer Acht und für die Tage des Kampfes sich einer wesentlichen Stütze beraubt, indem gerade in Augenblicken der Entscheidung häufig die Weiber es sind, die den Ausschlag geben, je nachdem sie den Gatten, Sohn oder Vater zu großen Thaten anfeuern oder durch kleinliche Bedenken ihn von der Erfüllung seiner Pflicht abhalten; die verderblichen Folgen der sittlichen und intellectuellen Vernachlässigung der Weiber erstrecken sich auch auf die Wirksamkeit jedes Tages, auf das Leben jedes Hauses. Denn kein Palast ist so groß, keine Hütte so klein, daß sie alle nicht die Saat künftiger Thaten in sich tragen, — und diese Saat zu hegen und zu pflegen, liegt vorzugsweise in der Hand der Frauen. Ihr Einfluß bestimmt die ersten Eindrücke, bestimmend oft für das ganze Leben. Wie viel hängt oft von der ersten Richtung ab, welche mütterliche Pflege der jungen Saat in Geist und Herzen des Kindes giebt; — ob dieselbe aufstehe ein Baum der Freiheit, der einst der Menschheit segensbringende Früchte trage, oder ob sie als dürstige Schmarogerpflanze, armselig und verküppelt, sich hinaufstrecke an irgend einem alten Fendalgemäuer, in dessen morschen Trümmern nur Fledermäuse und sonstiges Nachtgehirn noch ein sicheres Versteck suchen. (Schluß folgt.)

Politische Uebersicht.

Vor einigen Tagen (am 22. Februar) stellten mehrere „liberale“ Abgeordnete in der sächsischen zweiten Ständekammer einen Antrag auf Beibehaltung der Geschworenengerichte, der auch mit 46 gegen 17 Stimmen angenommen ward. Der Ex-demokrat Wigard, welcher zu Gunsten des Antrags sprach, kam bei dieser Gelegenheit u. A. auf den Leipziger Hochverrathsprozess zu reden, den er beiläufig mit Unrecht tadelte, da derselbe für einen Bourgeois treffliche Argumente zu Gunsten des heutigen Geschworen-Instituts abgibt. „Er (Wigard) bekennet“ — heißt es in dem Bericht der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ — daß er nicht dieselbe große und außerordentliche Zufriedenheit über unsere Geschworenengerichte habe, wie Dr. Schaffrath (der vorher in längerer Rede für dieselben eingetreten war). Denn es sei ihm heute noch sehr lebendig im Gedächtniß der Bebel-Lieblich'sche Prozeß, welcher gleichfalls vor dem Geschworenengerichte verhandelt worden sei, und er glaube um so unparteiischer sich hierüber aussprechen zu können, als er weder das sozialdemokratische noch das nationalliberale Programm unterschrieben habe. Wenn man sich diesen Prozeß vergegenwärtigt, so werde man gefunden haben, daß derselbe ebenso wie frühere Prozesse nur ein Leidenzprozeß gewesen sei. Er stehe mit dieser Ansicht nicht allein. Richter haben dasselbe Bekennnis abgelegt, daß sie wenigstens froh seien, hier nicht mitgewirkt zu haben; von einem nur mit Juristen besetzten Gerichte würde ein solches Urtheil nicht gefällt worden sein. Er habe deshalb auch beim Eintritt in die Kammer die Absicht gehabt, einen Antrag an die Regierung zu stellen, daß sie unparteiische, vorurtheilsfreie Männer zu Vorsitzenden der Geschworenengerichte bestelle; andererseits habe er die Absicht gehabt, daß der Wahlmodus der sächsischen Geschworenen geändert und auf die Basis gebracht werde, von der man erwarten könne, daß auch für solche Fragen unparteiische Geschworene hervorgehen könnten. — Der Staatsminister Abeken antwortete hierauf, daß die von Wigard zu dem Bebel-Lieblich'schen Straßprozeß gemachten Bemerkungen die Deutung zuließen, als habe den Geschworenen und den Richtern, welche in jenem Prozesse mitgewirkt haben, direct oder indirect der Vorwurf der Parteilichkeit oder des Mangels an Unbefangenheit gemacht werden sollen. „Ich beklage es tief, sagte der Minister, daß in dieser Kammer ein solcher Vorwurf gegen sächsische Richter, gegen ein Geschworenengericht ausgesprochen worden ist. (Zustimmung rechts.) Es scheint mir überhaupt bedenklich zu sein, den in einem einzelnen Falle erfolgten Richterpruch in dieser Kammer zu kritisiren. Aber aus der entgegen gesetzten Ansicht, als derjenigen, welche Richter und Geschworene in einem bestimmten Falle befolgt haben, einen Zweifel an die Unbefangenheit und an die Unparteilichkeit dieser Männer zu knüpfen, das ist beklagenswerth.“

Ei! Ei! Hr. Abeken. „Das ist beklagenswerth.“ Was ist „beklagenswerth“? Daß die Leipziger Geschworenen Unschuldige verurtheilten? Nein! Daß der Präsident des Leipziger Schwurgerichtshofes den öffentlichen Anklagen spielte und sich zu so flagranten Parteilichkeit fortreiben ließ, daß er einmal selber im Gerichtshof, vor versammeltem Volk, eine Entschuldigung hervorstammeln mußte? Nein! Daß die gesammte Presse aller Länder, mit Ausnahme einer Handvoll verächtlicher Winkler- und Gründerblätter den Leipziger Hochverrathsprozess aufs Entschiedenste verdammt? Nein! Dem Herrn Abeken ist bloß „beklagenswerth“, daß ein sächsischer Landtagsabgeordneter in sehr abgeschwächter Form auspricht, was hunderte von Zeitungen ausgesprochen haben, und alle unabhängigen Männer aller Parteien ausgesprochen haben und denken. — Wir müssen hier erwähnen, daß Hr. Abeken persönlich in dieser Sache engagirt ist. In den letzten Tagen des Prozesses, als das Anlagematerial in Taufen zerfallen war, der Hr. Staatsanwalt Hofmann das Bild vollendetster Rathlosigkeit darbot und dem Hr. Präsident Müde das niederschmetternde Bewußtsein seiner absoluten Unfähigkeit aufzuklämmern begann, erschien Hr. Justizminister Abeken auf dem Plan, um in Gemeinschaft mit dem ebenfalls herbeigekommelten Oberstaats-Anwalt Schwarze, seinen geschlagenen und zer Schlagenen Agenten Muth einzupfeifen und — nun, die Angeklagten wurden verurtheilt. Daß ein Justizminister als deus ex machina*) in den Gang eines Prozesses eingreift, durch persönliche Anwesenheit die Verhandlungen beeinflusst und sein persönliches Gewicht in die Waagschale der Anlage wirft, das ist nicht „beklagenswerth“, Hr. Abeken? Nicht wahr?

Unserer Gewohnheit gemäß, Alles, was sich in den Blättern über die „Entwicklung“ der deutschen Presse vorfindet, zu sammeln, lassen wir nachstehend einige Notizen, die wir uns in den letzten Wochen gemacht haben, folgen:

1) Die Berliner „Tribüne“ (conservativ) nebst ihrer Sonntagsbeilage „Berliner Wespens“ (fortschrittlich, in schwachen Stunden auch „republikanisch“) ist von einem aus 5 Personen bestehenden Consortium, zu dem der „Wespens“-Redakteur Stettinheim gehört, um 150,000 Thaler angekauft worden. —

2) Der „Frankf. Ztg.“ schreibt man: Das Wiener „Fremdenblatt“, dessen offiziöse Dienstleistungen während der Beust'schen

Aera seinem Eigenthümer, Herrn Gustav Heine, dem jüngeren Bruder des Dichters Heinrich Heine, den Freiherrntitel verkauft haben, während der Ertrag der Inserate u. d. m. um 1 1/2 Million fl. an die Industrie- und Bodenkredit-Gesellschaft verkauft worden. — Die Wiener „Morgenpost“ ist angebl. um 200,000 fl. in den Besitz einer Actiengesellschaft übergegangen. Es gibt nun nur noch zwei „liberale“ Tagesblätter in Wien und bald dürfte die Stunde kommen, wo das beruhigende Wort, das ein gründungsberühmter Bankier zu einem ängstlichen Geschäftsgenossen sagte, zur vollständigen Wahrheit geworden sein wird, nämlich das Wort: „Es kann uns nichts geschehen, denn die Zeitungen gehören uns!“ Eine an die Börsemwölfe verkaufte Presse und ein von Verwaltungsräthen dirigirtes Parlament entscheidet über das Schicksal Oesterreichs. — Im ungarischen Abgeordnetenhaus hat dieser Tage Thomas Pechy an den Ministerpräsidenten Szlavy die naive Anfrage gerichtet, warum die Regierung nicht einen Theil ihres Dispositionsfonds dazu verwendet, die Wiener Journale zu Gunsten Ungarns umzustimmen. Der Ministerpräsident verschwie, daß allerdings ein Theil des ungarischen Dispositionsfonds, der im Ganzen nur 200,000 fl. beträgt, für offiziöse Artikel und Correspondenzen in Wiener Blättern verwendet wird, während der größere Theil in Ungarn selbst zur Verwendung gelangt, und daß es viel bedeutenderer Summen bedürfte, um alle größeren Blätter Wiens in der gewünschten Weise „umzustimmen“. Hr. v. Szlavy zog es vor, zu versichern, daß der Majorität nahm die ministerielle Versicherung mit Zeichen der Heiterkeit auf.

3) Eine Erklärung eines Dr. Otto Gensichen, dem bisher die Redaktion der von Strouberg gegründeten Zeitung, „die Post“, angehörte, zeigt, daß letztere jetzt (was früher in demselben Blatte selbst entschieden geleugnet wurde) in die Gewalt des Hrn. Braß übergegangen ist, der sogar, was den Anzeigetheil des Blattes angeht, ein unbedingtes Veto hat. Strouberg verkaufte im April v. J. die Zeitung der Diskontogesellschaft, deren Chef Hansmann und deren Mitdirektor der Abg. Riquel ist. Nach Gensichen's Erklärung zu schließen, ist Braß jetzt Eigenthümer. Die Actiengesellschaft „Post“ hat in einigen Tagen Generalversammlung und am 8. v. M. steht dasselbe Ereigniß der Actiengesellschaft „Spener'sche Zeitung“ bevor. Die Actien beider Unternehmungen sind in wenigen festen Händen.

Schließlich können wir noch hinzufügen, daß uns ein Artikel aus der Biedermann'schen „Deutschen Allgem. Ztg.“ vom Jahre 66 bekannt ist, in dem die preussische Regierung in ungenügender Weise zur Bestechung (anstandeshämlich wird zwar nur von „Unterstützung“ gesprochen) der sächsischen Blätter ernüchert wurde, damit sie für die Annexion der Sachsen schrieben. Wir werden den fraglichen Artikel bei passender Gelegenheit veröffentlichen. —

Es ist in diesem Blatte bereits darauf hingewiesen worden, daß zwischen der Prostmacherei Wagener's und den „Dotationen“ der preussisch-deutschen Minister und Generale für ihre „Erfolge“ im 66er und 1870er Kriege eigentlich gar kein Unterschied besteht. Wir können jetzt sogar nachweisen, daß die „Dotationen“ strafrechtlich verfolgbar sind. § 331 des Reichsstrafgesetzbuchs lautet:

„Ein Beamter, welcher für eine in sein Amt einschlagende, an sich nicht pflichtwidrige Handlung, Geschenke oder andere Vortheile annimmt, fordert oder sich versprechen läßt, wird mit Geldstrafe bis zu 100 Thalern oder mit Gefängniß bis zu 6 Monaten bestraft.“

Sehen wir zu, wie dieser Paragraph auf die „Dotationen“ paßt! — „Dotationen“ sind „Geschenke“ — dem Worte sowohl als dem Sinne nach. Und wo für haben Bismarck und Gen. die „Dotationen“ bekommen? Für „in ihr Amt einschlagende Handlungen!“ Quod erat demonstrandum. (Was zu beweisen war.) —

Als eine Hauptursache der zunehmenden Kindersterblichkeit in Industriebezirken gibt Prof. Neumann in Basel den Umstand an, daß im allgemeinen und insbesondere in solchen Fabrikbezirken, wo Frauen und Mädchen Beschäftigung finden — die Arbeit der Frau immer mehr ein nothwendiger Factor zum Unterhalt der Arbeiterfamilie geworden ist und der Mutter dadurch die nothwendige Ruhezeit vor der Entbindung, wie nach derselben die erforderliche Zeit zur Pflege und Nahrung des Geborenen immer mehr gekürzt wird. Wenn die Frau, wie es in Fabrikbezirken nicht selten ist, ein Drittel des zur Ernährung der Familie Erforderlichen selbst erwerben muß, fällt jeder Tag ihrer Arbeitseinstellung sehr schwer ins Gewicht. Und als in Mülhausen die Societät industrielle es trotzdem durchsetzte, daß die Frauen dort eine bestimmte Zahl von Wochen vor und nach der Entbindung nicht in die Fabrik zur Arbeit gingen, war eine sehr erhebliche Abnahme der Kindersterblichkeit die sogleich zu spürende Folge. Dieselbe Folge soll auch leicht erklärlichen Gründen die Baumwollennoth der 1860er Jahre in den englischen Fabrikbezirken gehabt haben. Auch wird berichtet, daß in Schweden, wo die Kindersterblichkeits-Verhältnisse sich zur Zeit fortwährend bessern, ein Erlaß, der es den Müttern bei Androhung von Strafe zur Pflicht machte, ihre Kinder zu säugen, von gutem Einfluß gewesen sein soll. Und ebenso scheint sich gut bewährt zu haben eine Bestimmung des Fabrikgesetzes im Canton Glarus von 1864, wonach Frauenpersonen vor und nach ihrer Entbindung, im Ganzen während 6 Wochen, nicht in einer Fabrik arbeiten dürfen. — Die ungemaine Wichtigkeit des Ernährungsfactors beweist übrigens schon der Umstand, daß es vorzugsweise Verdauungsstörungen sind, die die kleinen Kinder in's frühe Grab bringen. — Ein neuer Beweis, oder richtiger — denn die Thatsache war ja längst Jedem bekannt, der sich mit dem Gegenstande beschäftigt — ein neues Zeugniß für die Unverträglichkeit der kapitalistischen Produktion mit einfachsten Forderungen der Menschlichkeit. Die Herren Bourgeois machen sich in dieser Hinsicht keine Illusionen — sie sündigen nicht unbewußt, sondern mit vollem Bewußtsein, was schon aus ihrer Abneigung gegen industrielle Statistik zur Genüge erhellt. Diese Abneigung kann nur aus bösem Gewissen erklärt werden. —

In einer Notiz über die Stellung der verschiedenen Parteien zur spanischen Republik hatte die „Frankfurter Zeitung“ auch einer (die Internationalen Spaniens vor Ueberstürzung warnenden) Aeußerung der „Liberté“ erwähnt, und daraus auf starke Sympathien der Sozialisten für die neue Regierung geschlossen. Die „Liberté“ belehrt nun in ihrer letzten Nummer die „Frankfurter Zeitung“ wie folgt: „Die „Liberté“ hat auf die spanischen Sozialisten nicht ganz so viel Einfluß als die „Frankfurter Zeitung“ ihr zuschreibt, und andererseits: wenn wir unsere Brüder ermahnen haben, sich nicht zu überstürzen, so haben wir sie damit nicht aufgefördert, politisch abzudanken, weil die Regierung sich Republik nennt. Wir empfehlen ihnen nochmals Umsicht, Mäßigung. Wenn die neue Regierung conservativ (d. h. in sozialistischer Beziehung für Auf-

rechterhaltung der alten Gesellschaft) sein will, wird sie nothwendig zum Unitarismus (zur Centralisation) gedrängt. Warten daher die spanischen Sozialisten einige Zeit, so werden sie, für den wahrscheinlichen Fall, daß die Regierung sich nicht entschieden für den Federalismus (das System, welches den einzelnen Provinzen eine ähnliche Selbstständigkeit giebt, wie den Staaten der Amerikanischen Union) erklärt, alle Federalisten auf ihrer Seite haben, das heißt fast alle ehrlichen Republikaner Spaniens. Wenn aber die Regierung sich entschieden für den Federalismus erklärt, dann kann sie nicht conservativ bleiben. Unter solchen Umständen ist Klugheit und Geduld den spanischen Sozialisten geboten. Aber man darf nicht erwarten, die Geduld werde so weit gehen, daß man sich die Republik durch verkappte Monarchisten conciliren läßt. Die Herren Figueras und Castelar, die noch auf der Grenzlinie zwischen den zwei Lagern stehen, werden wohl thun, dies zu überlegen. Und wenn sie sich's genau bedenken, wäre es nicht, von ihrem eignen Standpunkt aus, besser für sie, die Republik zur Begrüßung der letzten monarchischen und conservativen, bereits in der Auflösung begriffenen Kräfte zu benutzen und stark, gesund, voll Zukunft mit dem sozialistischen Volk zu regieren, als eine Krisis heraufzubeschwören, deren Ausgange im Einzelnen nicht abzusehen, deren einziges sicheres Resultat aber der Untergang der Herren Figueras, Castelar und ihrer gemäßigten Partei wäre. Die jetzige Regierung Spaniens hat zu wählen. Was sie auch thun möge, unsere spanischen Freunde, das hoffen wir, werden sich nicht von der federalistischen Idee trennen. Sie gibt ihnen Rückhalt in einem Theile der Bourgeoisie; sie giebt ihnen revolutionäre Bürgschaften; und durch eine gewisse Localisirung (?) ökonomischer Reformen wird sie das conservative Europa an der Intervention hindern. (?) Federalismus wird die Republik zugleich mit der Revolution retten.“

Daß wir mit den beiden Schlusssätzen der „Liberté“ nicht übereinstimmen, brauchen wir unseren Lesern nicht des Näheren auseinanderzusetzen. —

Am 3. Februar wurde in New York die erste Nummer eines neuen Parteiorgans der internationalen Sozialdemokratie herausgegeben: Die „Arbeiter-Zeitung“, zunächst einmal wöchentlich erscheinend. Wir wünschen im Interesse der Amerikanischen Brüder und der Gesamtpartei, dem jungen, mit tüchtigen Kräften und Leben tretenden Unternehmen das beste Gedeihen, und halten es für die wirksamste Empfehlung, wenn wir folgende Stellen aus dem Programm abdrucken:

„Wir wollen: Die vollständige Befreiung der Arbeiterklasse durch die Arbeit selbst. Das heißt: die Abschaffung der Lohnarbeit; den vollständigen Besitz der Arbeitsmittel für die arbeitende Menschheit, somit Aufhebung aller Klassenunterschiede, und gleiche Rechte und gleiche Pflichten für alle Menschen. Als zunächst zu erreichende Station nach diesem großen Ziele werden wir kämpfen für den Acht-Stunden-Arbeitstag, garantirt durch die Gesetzgebung. Alle Bestrebungen unserer Klasse haben in dem Maße Erfolg, als unsere Organisation sich entwickelt, und die Solidarität unter den verschiedenen Arbeitszweigen einer Lokalität und eines Landes mit den Arbeitern anderer Länder hergestellt ist. Die Coalition der Arbeitgeber, sowie den durch die Einwanderung und die zunehmende Berammung erzeugten Ueberfluß an Arbeitskräften gegenüber ist jede unvollständige und einseitige Organisation der Arbeiter machtlos. Der unvermeidliche Kampf um den Arbeitelohn ist vollständig hoffnungslos, wenn nicht in Uebereinstimmung mit den wirtschaftlichen und politischen Interessen der ganzen Arbeiterklasse gehandelt wird. Arbeiter! wir bedürfen der Verständigung, so sind wir einig und stark. Wir bedürfen der Belehrung über unsere eigene Aufgabe und über unsere eigenen Interessen. Belehren und unterrichten wir uns!“

Innere Partei-, Verwaltungs- und Organisations-Angelegenheiten.

Zu Vertrauensmännern sind seit unserer letzten Bekanntmachung ernannt: Für Apolda: B. Winne; Bischofszwerda: Petermann; Bremerhagen, Gießendorf, Gießmünde: A. Kahl; Bensheim: P. Kahl; Chemnitz: A. Spindler; Creuznach: J. Hessel; Düsseldorf: C. Reichelt; Elberfeld: A. Schredl; Forst: A. Plong; Fürth: C. Reichelt; Hannover: A. Lohmeyer; Holzminden: H. Bremer; Harburg: A. Otto; Hof: C. Pienig; Halberstadt: Fr. Voigt; Rötchenbroda: J. Walsch; Kaiserlautern: G. Seyler; Langenbielau: A. Bahl; Lörrach: L. Schüg; Lübeck: A. Lustermann; Leutenk. dorf: W. Aurig; Münchenbernsdorf: H. Hartmann; M. Gladbach: H. Herrmanns; Mülsen St. Michael: H. Müller; Ossersbach: C. Klein; Solingen: Ed. Müller; Sächtele: H. Schröder; Thalheim: Chr. Rother; Wierzen: W. Feger; Begeßack: M. Günther; Weida: G. Röder.

Falls angemeldete Orte etwa übersehen, oder sonst Irrthümer vorgekommen sein sollten, so ersuchen wir um sofortige Berichtigung. Desgleichen ersuchen wir die neu angemeldeten Orte, die noch keine Vertrauensmänner in Vorschlag gebracht haben, dies baldmöglichst zu thun.

Parteiengenossen! Wir freuen uns, daß die Partei an so vielen neuen Orten Wurzel gefaßt, viele alte Orte zu neuer kräftiger Agitation für unsere Idee sich aufgerafft, die einheitliche Organisation immer mehr und mehr zur Thatfache wird.

Allen das genügt noch nicht. Wir fordern von den neu ernannten Vertrauensmännern, daß sie in erster Linie Sorge tragen für die Kräftigung der Partei und für Ordnung und Pünktlichkeit im Einzahlen, damit wir in den Stand gesetzt werden, in reger Agitation für weitere Ausbreitung der Partei zu wirken. Wir fordern ferner, daß die Vertrauensmänner die Verbreitung des Parteiorgans, des „Volkstaats“, mit aller ihnen zu Gebote stehenden Energie fördern. Es muß jedem Parteiengenossen zur Ehrenpflicht gemacht werden, Abonnent dieses Blattes zu sein. Und wir fordern drittens von den Vertrauensmännern, daß sie bei jeder Gelegenheit auf die Nothwendigkeit einer streng einheitlichen Organisation verweisen. Erfüllen die Vertrauensmänner diese ihre Pflichten, dann werden alle Parteigenossen gewiß das ihrige thun, und die Erfolge werden nicht ausbleiben. Vorwärts zu neuer Agitation.

Hamburg, den 1. März 1873.

Der Ausschuß der sozial-demokratischen Arbeiter-Partei.
Ed. Frey, Vorsitzender. Th. Nord, Secretair.

Gewerkschaftliches.

Internationale Metallarbeiterschaft.

Leipzig. Die hiesige Mitgliedschaft acceptirt in Betreff des

*) Deus ex machina, lateinisch, eigentlich: Gott aus der Maschine. Wenn antike Dichtwerke mit ihren auf die Bühne gebrachten Göttern und Helden nicht fertig zu werden wußten, ließen sie vermittelst einer Theatermaschine irgend einen beliebigen Gott vom Himmel kommen, der die Schwierigkeiten Anknüpfung und Fall zu beseitigen half. Die Bedeutung des Ausdrucks ergibt sich hiernach von selbst.

Punkt I angeführten Gründe Seitens des Ausschusses die Abhaltung der Generalversammlung der Gewerkschaft zu den Tagen des Pfingstfestes.
Für den Bevollmächtigten:
F. Pepsich.

Allgemeiner deutscher Schneiderverein.
Chemnitz. An alle Schneider Deutschlands! Die Mitglieder der Gewerkschaften zu Städte schilderten und ihre traurige Lage, welche so schlecht ist, daß ein guter Arbeiter bei überanstrengender Arbeitszeit, wenn er Morgens und Abends zu Hause arbeitet, es nur zu einem Durchschnittslohn von 4 Thln. die Woche bringen kann.

Da aber bei der jetzigen Zeit die Miete, sowie alle Lebensbedürfnisse, so sehr gestiegen sind, kann ein verheirateter Arbeiter, wenn er Familie hat, unmöglich mit dem geringen Lohn auskommen, und sehen sich die Stader Kollegen von der Noth gezwungen, in nächster Zeit eine Lohnverhöhung zu beanspruchen. Wir fordern daher alle Berufsangehörigen dringend auf, den Zutritt von Städte fern halten zu wollen.

Alle Arbeiterinteressen vertretende Blätter werden ersucht, diese Beilen aufzunehmen.

Mit sozialdemokratischem Gruß
Der Ausschuß:
G. Schöffel, Geschäftsführer.

Chemnitz, 23. Februar. Abrechnung des 4. Quartals 1872. Kassenbestand vom 3. Quartal 138 Thlr. 9 Gr. — Einnahme des 4. Quartals: Stade 7 Thlr. 7 Gr. 5 Pf., Regensburg 3 Thlr. 23 Gr. 6 Pf., Jena für 25 St. Bücher 25 Gr., Frankfurt a. O. 1 Thlr. 24 Gr. 2 Pf., Leipzig 3 Thlr. 13 Gr. 1 Pf., Bayreuth 4 Thlr. 3 Gr., Passau 3 Thlr. 5 Gr. 8 Pf., Chemnitz 3 Thlr. 16 Gr. 8 Pf., Berlin 2 Thlr. 28 Gr. 6 Pf., Nürnberg 42 Thlr. 11 Gr. 4 Pf.; Summa 211 Thlr. 18 Gr. — Ausgabe 36 Thlr. 12 Gr. 5 Pf. — Bleibt Kassenbestand für nächstes Quartal 175 Thlr. 5 Gr. 5 Pf. — Noch rückständig sind die Mitgliedschaften Würzburg, Fürth, Braunschweig und Bremen. Schweinfurt und Birna als jüngst konstituierte Mitgliedschaften folgt Abrechnung nächstes Quartal.
Der Ausschuß.

Correspondenzen.

Leipzig. Die Juristen sind noch schlimmer als die Theologen! Notabene in Bezug auf die Logik und die durch Bekehrung derselben entspringende allgemeine Begriffsverwirrung. — Der durch seine populär-medizinischen Schriften und Aufsätze (besonders in der „Gartenlaube“) in ganz Deutschland (und in Leipzig besonders noch durch seine göttliche Grobheit) bekannte Professor Dr. Bod hatte in einem (leider viel zu schonungslosen) Artikel die Ganner an den Pranger gestellt, die durch Anpreisung von medizinischen Scheinmitteln die Leute um das Geld prellen und sie obendrein durch schädliche Stoffe um die Gesundheit bringen. Einer der diesartigen Artikel enthielt unter der Ueberschrift „An die Dummen, welche nicht alle werden“ eine Recension der beiden Schriften: Retau's „Selbstbewahrung“ und „Laurentius, Der persönliche Schutz“. Der Artikel begann wörtlich: „Gewissensbisse und Einbildung, daß ihr Körper in Folge früherer geschlechtlicher Unarten durch und durch ruiniert sei, macht eine Menge junger Männer zu Gemüthsranken und treibt sie in die Arme gewissenloser Geldfänger. Diese Unholde wissen zu vordrängen durch elende Schriften mit haarsträubenden Beschreibungen die Folgen jener Unarten und mit schaudererregenden Krankengeschichten ihre Opfer in Angst und Schrecken wegen ihrer Zukunft zu setzen. Dann rathen sie natürlich den armen, in der Regel körperlich ganz gesunden Melancholikern Hülfe bei ihnen zu suchen. Zuoberst in der Reihe der „Retter vor Gefahr und Schande“ stehen zwei Leipziger Schundbuchverleger, Bieren, Pöndel's Nachfolger (Schulbuchhandlung), mit Retau's „Selbstbewahrung“, und Laurentius mit dem „Persönlichen Schutz“. Der erstere verlangt, daß jeder Patient seinem Briefe ein Honorar von 3 Thln. für die Hauptconsultation baar beifüge; besser wäre es aber, meint er, wenn Patient für etwa nöthig werdende Medicamente lieber gleich noch weitere 3 Thlr. beilegte.“ — Dr. Bod sagt dann am Schlusse unter Anderem, daß es alle derartige Schriften auf Geldprellerei abgesehen hätten. Bieren, welcher sich hierdurch in seiner Ehre gekränkt fühlte, beantragte die Bestrafung des Verfassers des Artikels. Dr. Bod bekannte sich zur Autorität desselben und hielt das darin Gesagte durchweg aufrecht, nannte das Verfahren der betreffenden Buchhandlung ein unreelles und unmoralisches, das Buch ein Schundbuch. Der erste Richter sprach gegen Dr. Bod eine Geldbuße von 20 Thln. wegen Beleidigung auf Grund der §§ 185 und 186 des Reichsstrafgesetzbuchs aus, verurtheilte ihn in die Tragung der Untersuchungskosten, lehnte jedoch die gleichzeitig beantragte Erkennung einer besondern Privatbuße wegen angeblicher Schädigung des Geschäftsbetriebs des Privatanklägers u. ab. Hiergegen erhoben beide Theile Einspruch. In dem Einspruchs-Termin erkannte das Bezirksgericht nach umfangreicher Verhandlung der Sache und nachdem von Seiten des persönlich erschienenen Privatanklägers, beziehentlich dessen Rechtsbeistand, versichert worden war, daß die gewählten Ausdrücke keineswegs zu hart, sondern der Sache angemessen wären, aber nur dieser und nicht der Person des Privatanklägers gegolten hätten, auf Herabsetzung der Strafe auf 10 Thlr. u., im übrigen das erstinstanzliche Erkenntniß bestätigend.

Wenn sich Hr. Dr. Bod nicht vor einem Jahre es ausdrücklich verboten hätte, daß sich der „Vollstaar“ in „seine Angelegenheiten“ mische — anlässlich der Artikel über die Schulfrage, die Hr. Dr. Bod fortzusetzen nicht den Muth hatte — würden wir ihm rathen, statt die 10 Thlr. zu zahlen, sich lieber auf 2 Tage einsperren zu lassen — bei ihm würde die höchste Taxe von 10 Thlr. pro Tag angenommen werden — um ein wenig das Gefängnißwesen in Augenschein zu nehmen und dann vom medizinischen Standpunkt aus sein Urtheil darüber abzugeben.

Chemnitz, 1. März. Im Elysium fand gestern eine wie gewöhnlich zahlreich besuchte Volksversammlung statt, deren für Jedermann wichtige Tagesordnung indes nicht vermocht hatte, unsere liberale Bourgeoisie heranzuziehen. Es handelte sich um die Zustände in der Zwifauer Strafanstalt und ganz logisch mußte bei Behandlung dieses Themas die Strafgesetzgebung, von welcher der Strafvollzug ja doch ein Ausfluß ist, in die Diskussion mit hineingezogen werden; es hätte deshalb unsere juristischen Fortschreiter ein Feld gehabt, auf welchem sie sich tummeln konnten, sogar ausnahmsweise einmal zum allgemeinen Besten, denn der vorliegende Gegenstand wäre durch das Kundwerden verschiedener Ansichten klarer geworden; sie wollen nun aber einmal nicht mit dem Volke zusammen sein. Nun, es wird auch ohne sie vorwärts gehen. Auf den Vortrag des Referenten Bahlreich

brauchten wir hier nicht näher einzugehen, da dessen Inhalt durch die nachstehende Resolution charakterisirt wird, eine andernfalls Wiederholung desselben aber den uns zur Verfügung stehenden Raum weit überschreiten würde. Die Resolution, welche, nachdem Lyser für dieselbe gesprochen hatte, einstimmig angenommen wurde, lautet:

Die am 28. Februar 1873 im Elysium zu Chemnitz tagende Volksversammlung erklärt:

1. Alle Handlungen der Menschen, welche unsere heutige Strafgesetzgebung als Vergehen und Verbrechen bezeichnet, sind als nothwendige Folgen des herrschenden, ungerechten und deshalb unsittlichen Gesellschaftszustandes anzusehen;
2. weil die herrschenden Klassen diese Wahrheit nicht erkennen, oder ihnen der gute Wille abgeht, eine Verbesserung der gesellschaftlichen Ordnung herbeiführen zu helfen, die bestehende Strafgesetzgebung aber der Ausflucht ihres Willens ist, so entspricht die heutige Strafgesetzgebung nicht den gerechten Forderungen des Volkes;
3. in noch erhöhtem Grade gilt dieses von den bestehenden Bestimmungen über den Strafvollzug und es ist deshalb ganz entschieden die Forderung zu stellen, daß ohne Rücksicht auf die anzustrebende Neugestaltung der gesammten Strafgesetzgebung, mit größter Beschleunigung zeitgemäße Bestimmungen über den Strafvollzug auf dem Wege der Gesetzgebung getroffen werden müssen.
(„Chemnitzer Fr. Presse“.)

Freiberg, 3. März. Nachdem die Agitation für die Arbeiterbewegung hier Jahre lang geruht, geruht bloß weil sie seiner Zeit durch den Bahnhum eines gewissen Freigewende vernichtet worden war, hat nunmehr auch hier die Bewegung wieder Boden gewonnen. Nach 2 an den vorhergegangenen Sonntagen abgehaltenen Volksversammlungen, in denen einmal Dr. Walster aus Dresden, am andern Sonntage Bahlreich aus Chemnitz referirten, hielten wir am letzten Sonntage eine öffentliche Parteiversammlung ab, in der Uble aus Chemnitz über die soziale Frage sprach und die sozialdemokratische Arbeiterpartei sich konstituirte. Als Vertrauensmann ward August Männel gewählt. Es liegen sich in dieser Versammlung sofort weit über 30 Mann in die Listen einschreiben, so daß wir nun eine Mitgliederzahl von 50 Mann bilden, die entschlossen sind, die Bewegung für hier und Umgegend kräftig zu fördern. Eine große Anzahl Exemplare des „Vollstaar“ wurden an diesem Abend verbreitet und steht zu erwarten, daß dieses entschieden für die Arbeiter wirkende Blatt hier viele Abonnenten erhält.

Hamburg, 25. Febr. Verzeihen Sie, wenn ich Ihnen heute in einem Anflug von Fastnachtsskaune über den hiesigen ersten und wohl einzigen Carneval berichte. Es hat der hiesige Klapperkasten zu sehr geklappert, als daß man völlig taub für sein geistreiches Gebahren bleiben könnte. Er hat es verstanden, die reichen Leute und diejenigen, welche sich an deren Tisch sättigen, „kaiserlich“ zu amüsiren, d. h. deren Geld für den edlen Fortschritt in der Narrenheit todzuschlagen. Vier Tage hinter einander hielt hier Prinz Carneval sein Hoflager. So sehr er sich aber auch durch die hiesige Tageszeitung „Reform“ aufblähte, er machte dennoch auf fast allen Gebieten völliges Fiasko. Nur im Champagnertrinken leisteten unsere Bourgeoisien großes. Sie vertilgten sämtliche Vorräthe des hiesigen großen Establishments von Sagediel, und was das heißen will, ruft die „Reform“ bewundernd aus, das weiß jeder Kenner. Doch nicht nur im Champagnertrinken, also in der materiellen Völlerei, nein auch in der Gelegenheitspoesie, der geistigen Uebersproduktion, leisteten unsere Fastnachtshelden großes. Hören Sie, wie sehr die Poesie von Gottes Gnaden diesen Helden zu Diensten stand:

Der Krakehler.

Hymnus.

(Mel.: Ich bin vom Berg der Hirtenknab.)
Ich bin ein echter Communist,
Betracht' die ganze Welt als Mist;
Die Menschen haß' ich alle, ha!
Vom Kaiser bis zum Bourgeois. —
Hoch lebe die Commune!
Fort Ehe, — Heer, — Gelahrtheit, — Kunst,
Religion und and'rer Duns!
Die Fenster werfet alle ein,
Denkmäler hanet kurz und klein,
Hoch lebe die Commune!
Den Gründern treibt die Hülte an,
Ausplündert ihre Geldschränke dann;
Und wo Ihr wist, daß sonst was liegt,
Bergeht es mitzunehmen nicht.
Es lebe die Commune!
Doch rührt nie 'ne Arbeit an,
Es stricke, wer da stricken kann.
Faulenzen nur ist genial
Und wirklich „international“.
Es lebe die Commune!
Sorgt stets, daß Eure Becher voll
Und zehet bis Ihr voll und toll!
Der schönste Zustand bleibt — schrumpf schrumpf,
Ja immer das Delirium! —
Es lebe die Commune!
Und seid Ihr endlich lahm und krumm,
So greift nach dem Petroleum!
Nehmt einen Fidius zur Hand
Und steckt die laufge Welt in Brand,
Dann jauchzet die Commune!

Dieses Nachweel wurde von der ganzen Klapperkastengeellschaft nebst Gästen hinter Thür und Angel vorgetragen. Wie viele unter den Sängern die Ehe heilig halten, sei dem Hamburger Publikum zu beurtheilen überlassen. Wie es mit der Gelehrtheit der betreffenden Sänger aussieht, beweist ihre geistlose Carnevalszeitung. Was ihre Kunst bedeutet, besagt uns ihr ideales Bestreben, nämlich zu „klappern“ u. s. w. u. s. w. Alles in Allem, der hiesige Carneval war nicht nur eine Nachgeburt, sondern auch im vollen Sinne des Wortes eine Mißgeburt, welche für jeden denkenden Menschen außer Zweifel stellt, daß unsere Bourgeois, die ihre republikanischen Narrentoaste mit einem Hoch auf den deutschen Kaiser beschlossen, am Ende ihrer socialpolitischen Weisheit angekommen sind und nun mit dem Gewande der Narrenheit ihre Thorheit zu verhallen suchen.

Wandsbek, 28. Febr. Der „Neue Sozial-Demokrat“ hat sich auch einmal von hier einen Bericht senden lassen, um seinen und seiner Freunde Wahrheitsliebe in ein helles Licht zu stellen. In seiner Nr. 23 referirte er über die hier am 17. Februar stattgehabte Arbeiterversammlung, vorausschickend, daß der Verband und Maurerverein hier schon über 300 Mitglieder zähle, eine Zahl,

die um die Hälfte gesunken ist. Die betreffende Arbeiterversammlung war von uns einberufen worden; Parteigenosse Geib aus Hamburg sollte in derselben über die kulturgeschichtliche Entwicklung der Völker einen Vortrag halten. Als zur Bureauwahl geschritten wurde, verlangten die Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, verstärkt durch etwa fünfzig ihrer Freunde aus Hamburg und Altona, die Wahl ihres hiesigen Leiters, des Herrn Kloth. Der Einberufener Jahnde machte darauf aufmerksam, daß zwischen unsern Parteigenossen und den Mitgliedern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins für Wandsbek eine Vereinbarung bestünde; wonach stets der einberufende Theil die Versammlung leiten sollte. Er forderte auf, diese Vereinbarung zu respektiren. Herr Kloth bestätigte die Aussage Jahnde's und ersuchte seine Freunde, die Vereinbarung, die um des lieben Friedens willen zum Vortheil beider Fraktionen abgeschlossen worden, zu beachten. Allein dies alles half nichts, im Rathe der Halbgötter Hartwig, Stödel, Hög und Winter, letzterer weiland Vicepräsident Haseencloer's, war anders beschloßen. Die sonst gepriesene Disziplin dieser Herren bekam ein Loch, für sie gab es keine versöhnliche Vereinbarung. Es wurde daher zur Wahl geschritten, und da Kloth den Vorschlag ablehnte, so wurde Hartwig aus Hamburg gewählt. Nach dieser Wahl erklärte Geib, daß er, nachdem man das Versprechen, welches man unsern Parteigenossen betrefis der öffentlichen Versammlungen gegeben, gebrochen, trotzdem in einer acht Tage vorher vom Allgemeinen deutschen Arbeiterverein einberufenen Versammlung unsere Parteigenossen die Bureauwahl nicht beeinflussten, seinen Vortrag nicht halten werde. Vor Leuten, die trotz mehrmaliger Warnung einen Vertrauensbruch begangen, spreche er nicht. Nun legten sich die Herren vom Allg. d. Arbeiterverein, ganz gegen ihre Gewohnheit, auf's Beschönigen und huten, Geib möge doch sprechen. Dieser aber verließ, nachdem er die Beschönigungsgründe der Herren vom Allg. d. Arbeiterverein kurz und bündig zurückgewiesen hatte, den Saal. Die Folge war, daß die Mitglieder des Allg. d. Arbeitervereins bald allein waren, an Zahl etwa 80, darunter 50 Hamburg-Altonaer, welche selbstverständlich als Arbeiter Wandsbeks gegen uns eine Resolution faßten, um doch etwas zur Rettung Wandsbeks und für die Einigung der deutschen Sozialdemokraten gethan zu haben. Natürlich kümmert uns diese Resolution nicht. Wir agitiren wader weiter, was neuerdings wieder die Gründung eines Schuhmachervereins beweist, abgesehen von dem Beweis, daß wir hier 60 Abonnenten des „Vollstaar“ zählen.

Posen. (Die Verkommenheit unserer Bourgeoisie.) In unserer Stadt, in welcher es von Hunderttausendhaleemännern wimmelt — germanischen und germanisirten polnischen, unbeschnittenen und beschnittenen — soll das Theater umgebaut werden. Was thut man? Man „schnorrt“ beim Helldengreis und erhält 20,000 Thlr. geschenkt und 20,000 Thlr. zu 3 Prozent gepumt. Unter allen unsern Geldmännern also finden sich nicht einmal 20, die zum Zweck ihres eigenen Theaters lumpige 1000 Thlr. zu 3 Prozent hergeben wollen! Und Posen ist eine Stadt von mehr als 60,000 Einwohnern, und treibt einen Luxus, wie man ihn in Städten von doppeltem Umfange nicht findet.

Wainz, 5. März. Der Schuhmacherstrife der S. Wolfischen Fabrik dauert fort. Der Fabrikant droht uns, da seine Magazine gefüllt seien, den Strife lange andhalten zu können. Aber dieses schreckt uns nicht ab. Wir halten Stand und wenn es ein halbes Jahr dauern sollte. Man sucht uns durch anonyme Briefe zu reizen, dieselben sind aber dermaßen hundsgemein, daß wir es nicht einmal der Mühe werth halten, weder in den Versammlungen, noch in einem hiesigen Blatte über dieselben etwas zu erwähnen. Darum, Kollegen allenthalben, thut Eure Pflicht, wir führen den Kampf bis aufs Aeuzerste durch.

Mit sozialdemokratischem Gruß
G. Fuchs.
Witten, 26. Februar. (Zur Agitation). Sonntag, den 23. d. Mts., fand in Hörde bei Dortmund eine von den Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins einberufene Volksversammlung statt, das Bureau kam in die Hände der Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Die Erhöhung der Tabaksteuer“ sprach zunächst Herr Dresbach, Mitglied des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Derselbe erledigte sein Referat sehr lädenhaft, worauf Herr Raspe aus Essen sich genöthigt sah, die Sache eingehender zu behandeln, und zwar unter allgemeinem Beifall der Versammlung. Der zweite Punkt der Tagesordnung lautete: „Die ganze Welt ist Schwindel“. Herr Wimmer, Vortrager der Versammlung, erläuterte die Bedeutung dieses Punktes in kurzen Worten. Worauf Obermann aus Nevißes das Wort erhielt. Derselbe sprach ebenfalls wie Raspe unter allgemeinem Beifall der Anwesenden. Schließlich wurde von den Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins eine Resolution zur Abstimmung eingebracht, welche wie gewöhnlich den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein als allein maßgebend für die Arbeiterbewegung hinstellt. Selbstverständlich wurde unsererseits diesem Ansin entgegengetreten und eine andere Resolution zur Vereinerung eingebracht. Die Motivirung dieser beiden Resolutionen gab zu tumultuariischen Auftreten Veranlassung und da keine von beiden Fraktionen nachgab, und wir am allerwenigstens dazu Ursache hatten, so mußte die Versammlung geschloßen werden, ohne daß die pomphast angekündigte Einigung in die Listen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins stattfinden konnte, noch irgend eine Resolution zur Abstimmung gelangt war. Die Hörder Arbeiter aber werden erfahren haben, daß Leute gleicher Gesinnung lediglich aus persönlichem Haß in den Hintergrund gedrängt werden sollen, um einer veralteten Präsidentenwirthschaft in Berlin Geld zur Sicherung der Existenz zuzuführen. Wie man von Seiten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins gegen nicht befreundete Sozialdemokraten vorgeht, beweist in Hörde das Verhalten des Vortrageren Wimmer. Am Vortrageren-Tisch erschien die Wirthstochter und fragte, was Obermann und Raspe für Leute seien, worauf Wimmer erwiderte, es seien bezahlte Subjekte, welche hierher gekommen seien um zu stören und Skandal zu machen. Erwähnt sei noch, daß derselbe Wimmer mir selbst, als ich vor einem halben Jahr in einer dortigen Versammlung eine Resolution auf Vereinerung eingebracht und zur Motivirung derselben das Wort erhalten hatte, und auf das Vorgehen Schweiger's zu sprechen kam, das Wort entzog und erklärte hatte, Schweiger sei ein Ehrenmann, er (Wimmer) dulde nicht, daß ich denselben schmähe. Schweiger sei besser wie alle Ehrlichen. Die größten Beleidigungen wurden mir von Seiten der Führer des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zu theil, wider welches Verfahren viele Hörder Arbeiter sehr entrüstet waren und mit mir das Lokal verließen.

Mit sozialdemokratischem Gruß
Th. Junghans.
Langenbielan, 21. Februar. Eingetretener Umstände halber fand die auf den 16. d. angesetzte Volksversammlung schon am 9. d. M. statt. Unse Polizei, die der Meinung war, Wiemer läme in seinem Leben nicht mehr nach Bielan, — „dem ist die Lust gründlich vergangen“, weisagte ein Gensdarm — erstaunte nicht

wenig, als Sonnabend früh große rote Plakate mit der Ueberschrift: „Arbeiter auf dem Posten“ die Straßenecken zierten. Besonders entsetzten sich unsere Bourgeois, als sie auf den Plakaten die Heine'schen Verse vorfanden: „Wir wollen auf Erden glücklich sein“ u. s. w.

Der Karger der Gegner war groß, namentlich über den Vers: „Verschleimen soll nicht der faule Bauch, was fleißige Hand erwarben“. Es mochte vielen ungeheure Kopfschmerzen verursacht haben, wir fanden nämlich an den meisten Plakaten die Verse herausgeschnitten. Wir wollen nur wünschen, daß sich unsere Fabrikbesitzer eine Lehre daraus ziehen. Geschadet hat uns das Ausdrücken nicht, im Gegenteil kamen die Arbeiter, trotz des stürmischen Wintertages, massenhaft angeströmt.

Um halb 4 Uhr eröffnete ich die Versammlung. Vor Eingang in die Tagesordnung meldete sich der Herr Oberbeamte, der zum ersten Mal in unserer Versammlung erschien, zum Wort und forderte den Redner auf, doch stets auf dem geselligen Wege zu bleiben und die Arbeiter nicht zu Schritten zu verleiten, die üble Folgen nach sich ziehen könnten.

Wiemer wies unter Hinweis auf das Vereinsgesetz nach, daß er keinen Grund zur Auflösung der letzten Volksversammlung gegeben habe, die Beamten hätten ihn total mißverstanden, die Kluge, die in letzter Versammlung geterrt, der würdige Ernst, den die Arbeiter zeigten, sei der beste Beweis für die Grundlosigkeit der ihm gemachten Vorwürfe. „Ich soll“, fuhr Wiemer fort, „den Weg des Gesetzes inne halten, das habe ich stets gethan, ich lasse mich aber nicht hindern, bis an die äußersten Grenzen desselben zu gehen.“

Nach einstündiger Rede war der erste Punkt der Tagesordnung: „die Auflösung der letzten Versammlung“ erledigt und ging Wiemer sofort zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung, Fortsetzung seines letzten Vortrags, über. Da Redner ersucht wurde, denselben noch länger auszudehnen, ließ ich eine viertelstündige Pause eintreten, in der wir eine Anzahl neue Mitglieder aufnahmen. Als Wiemer dann später geendet, ergriff ich das Wort und sagte, daß der Herr Oberbeamte jetzt sicher anders über und denkt wie bisher, und daß es uns lieb wäre, wenn ein intelligenter Beamter, als Leute die Versammlungen überwachten, die da glauben, wenn ein scharfes Wort gesprochen werde, die Versammlung sofort schließen zu müssen. Die beiden Gensdarmen und der Polizist, die auch anwesend waren, werden sich nun in Zukunft etwas anders verhalten.

Unter stürmischen Hochs auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung um dreiviertel 6 Uhr geschlossen. Herr Wiemer blieb bis Mittwoch hier. Montag Abend hatten wir gemüthliche Zusammenkunft im Vereinslokal, am Dienstag öffentliche Mitglieder-Versammlung, die stark besucht war. Wiemer referirte über das Besatzungsweesen und beantwortete die eingelaufenen Fragen; er forderte zum Schluß alle auf, anzuhalten, bis für uns die Stunde der Erlösung schlägt. — Auch mich hat man bereits wegen Majestätsbeleidigung angeklagt, und ist die Verhandlung auf den 15. März angesetzt. — Unser Kühn sitzt immer noch in Untersuchungshaft. „Wange machen gilt nicht“.

Mit sozialdemokratischem Gruss

Adolf Wald.

Ueber die großartige Arbeitseinstellung in Bremerhaven geht uns folgende Nachricht zu:

„Vor schon einem halben Jahre zeigten sich die ersten Symptome der heutigen großen Bewegung, hervorgerufen durch den gegenwärtigen Zeit- und Löhnerverhältnissen durchaus nicht entsprechenden Lohn.“

Die hiesigen verschiedenen Aktiengesellschaften, deren hervorragendste der „Norddeutsche Lloyd“ ist, wußten die Arbeiter durch Einführung von Nacharbeit und eine geringe, kaum nennenswerthe Lohnaufbesserung zu beschwichtigen. Doch wie gewöhnlich: der Betrug, eigentlich Raub, begangen an der Gesundheit, der physischen und moralischen Kraft vieler Hundert ja Tausenden von Arbeitern kann auf die Dauer selbst dem schicktesten Arbeiter nicht verborgen bleiben. So auch hier! Die Entziehung der dem Körper notwendigen Nachtruhe nach anstrengender, an und für sich schon ungesunder Tagesarbeit, mußte nach der letzten Illusion über den scheinbaren Mehrerwerb, bezweckt durch solche Nacharbeit verschwinden. Die Rechnungen der verschiedenen Krankenkassen legen ein beredtes Zeugniß ab über die Wirkungen jener verderblichen Maximen! Die sämtlichen Existenzmittel gingen von jener Zeit ab bis jetzt um circa 25 Prozent in die Höhe. Sogar der Verdienst durch Akkordarbeit wurde derart beschränkt, daß z. B. ein Mann, der im Tagelohn 1 Thlr. verdiente, bei Akkordarbeiten nicht mehr als 1/2 Thlr. bei 10stündiger Tagesarbeit verdienen durfte, und wurden die Akkorde gewöhnlich so berechnet, daß es in letzter Zeit selbst dem fleißigsten und geübtesten Arbeiter nicht möglich wurde, den erwähnten Lohn zu erreichen. Die Folgen dieser schändlichen Bedrückung konnten nicht ausbleiben! Die Unzufriedenheit bemächtigte sich selbst der devotesten Gemüther. Sonntag den 23. v. M. wurde eine Versammlung der Metallarbeiter des „Norddeutschen Lloyd“ anberaumt, in der ein Arbeiter zum Bevollmächtigten derselben einstimmig gewählt und beauftragt wurde, die Direktion der Gesellschaft um eine Lohn-erhöhung von 1 Mark (12 Sgr.) pro Tag und Mann, sowie um Abschaffung der Nacharbeit bis auf äußerst dringende Fälle zu ersuchen! Derselbe vollzog seinen Auftrag und wurde dafür sofort aus der Arbeit entlassen. Als dies der dieshalb einberufenen Versammlung mitgeteilt wurde, beschloß dieselbe einstimmig, nächsten Morgen eine Deputation an die Direktion zu senden mit dem Ersuchen, den Entlassenen wieder in Arbeit zu nehmen, andernfalls die sämtlichen Arbeiter die Arbeit einstellen würden. (Bravo gehandelt.) Ein Begehren, das kurz und schroff abschlägig beschieden wurde, worauf die Kündigung und sofortige Arbeitseinstellung erfolgte! (Ehrenhaft gehandelt. Mögen die übrigen Arbeiter sich ein Beispiel daran nehmen.)

Inzwischen hatten auch die sämtlichen Arbeiter der anderen Arbeitsbranchen die Arbeit niedergelegt. Gestern legten die Arbeiter der Staatsbahn die Arbeit gleichfalls nieder. — Doch wurde „selbstverständlich“ das Interesse der Geldsäcke vom Staate durch Kommandirung von Militär zur Berrichtung der Arbeit bereits gewahrt.

Die Ausdehnung und Folgen dieser gegenwärtigen Bewegung sind von einer Bedeutung, deren Folgen sich augenblicklich noch der Berechnung entziehen!

Ohne Unterstützung von Außen ist kaum an einen Sieg zu denken. Da für circa 70 Familien schon nächsten Sonnabend eine Unterstützung vorhanden sein muß, wenn sich deren Väter nicht freiwillig in die alten Fesseln werfen sollen, so richten wir an unsere Brüder in Deutschland die Bitte, uns durch Fernhaltung des Zugangs und sonstwie zu unterstützen.“

So weit der uns zugefandte Brief, der gerade durch seine Kürze und Sachlichkeit für sich spricht.

„Selbstverständlich“, ja wohl, das Wort ist bezeichnend. Selbstverständlich, „Staatshilfe“ für das Geldprogenthum, für die Aktienunternehmungen, die seit mehr als einem Dezennium Millionen auf Millionen aus dem Volke herausgeschunden haben. Jawohl, „Staatshilfe“ für die „Drohnen“, damit diese „faulen Bänche“ ja nicht etwa allzuwenig mit Müßiggang verdienen. Selbstverständlich, „Staatshilfe“ für eine Hand voll Leute, damit sie die Bevölkerung einer ganzen Gegend am Hungerstich halten können. Nicht genug also, daß den Herren von Geldsackquaden im Kriege durch das Militär Staatshilfe wird, denn nur für diese Herren, die etwas zu verlieren haben, hat das Militär „Dienst“ und steht zu „Schutz und Trug“ auf der Wacht am Rhein. Nein! auch im Frieden muß der Soldat seinen Arbeitsbrüdern Konkurrenz machen, damit die Arbeiter ja nicht etwa so viel verdienen, als durchschnittlich der Militäretat pro Kopf zur Unterhaltung des Militärs verlangt (jetzt 250 Thlr., die aber nicht mehr langen und auf 275 oder gar 300 Thlr. erhöht werden sollen).

Und fragen wir, wer muß die Steuern zur Unterhaltung des den Arbeitern Konkurrenz machenden Militärs aufbringen? Wer anders als die Arbeiter, denn selbst die Summen, die von den Aktionären und anderen Unternehmern anscheinend bezahlt werden, werden von diesen ja nur vorausgelegt, diese Summen sind ja ebensoviel aus den Knochen der Arbeiter herausgeschunden, als die eisernen Schraubendampfer, die der „Norddeutsche Lloyd“ auf dem Ozean schwimmen hat, von den aus den Knochen der Arbeiter, vom ersten Kapitän bis zum letzten Schiffsjungen, vom obersten Ingenieur bis herab zum geringsten Tagelöhner — herausgeschundenen Ueberflüssen bezahlt sind oder als jette Dividende in die Taschen und „Feuerfesten“ der Aktionäre fliegen. Jedenfalls zahlen auch die Arbeiter „nicht“ die Kommunalabgaben zur Erhaltung der drei Schwesterkommunen, sondern die Herren Unternehmer, oder die Militärbehörden resp. der Herr Kriegsminister, der in letzter Instanz verantwortlich dafür zu machen ist, wenn das Militär zu Zwecken verwendet wird, von welchen wir bislang noch nirgends eine Silbe gelesen haben, daß deshalb Soldaten ausgegierig werden, und die jedenfalls der Ehre des Soldatenstandes ebensowenig entsprechen, als wenn die Soldaten von Subalternbeamten als Kindermädchen gebraucht werden.

Wir sind doch neugierig, welche Antwort uns die Gemeindebehörden geben werden, oder ob es nicht etwa doch die Tausend und aber Tausend Arbeiter und nicht das Geldprogenthum oder das Militär ist, welche die Gemeinde-, Schul- und Armensteuern in weit überwiegendem Maße aufbringen. Und fragen wir die überwiegende Zahl der Bevölkerung, die Handwerker, die Gastwirthe ob sie ihren Verdienst vom Militär und den Herren Aktionären haben, so werden wir dieselbe Antwort erhalten.

Da es preussisches Militär ist, welches dort zur Unterdrückung der Arbeiter verwendet wird, sind wir neugierig, welche Erklärung uns die preussischen Hossocialisten, die Herren von der „Kreuzzeitung“, von der „Norddeutschen Allgemeinen“ und der „Berliner Neuve“ über diese Art „Staatshilfe“ für das „Gründertum“ geben wird.

Nun, wir wollen es Euch vorherzagen. Was dem Einen Recht, ist dem Andern billig. „Staatshilfe“ den Reichen durch Niederhaltung der Arbeiter, wenn sie für Hungerlöhne nicht mehr arbeiten wollen, in Form von Soldaten. — „Staatshilfe“ den Arbeitern, falls sie sich das nicht gefallen lassen würden, in Form von blauen Bohnen und Kartätschen, das ist Eure Lösung der sozialen Frage. Die Arbeiter aber werden sich das merken, sie wissen jetzt, was sie von der Bourgeoisie und dem heutigen Staat zu erwarten haben.

Wir Arbeiter aber können getroßt und mit Siegeszuversicht der Zukunft entgegensehen, denn die Zukunft gehört uns doch.

Für December und Januar

haben an Annoncengebühren zu bezahlen: Altona: soz.-dem. Arb.-Ver. Dec. 13 Agr., Jan. 1873 13 Agr.; Augsburg: soz.-dem. Arb.-Partei Dec. 26 Agr., Jan. 1873 22 Agr., Liter. Ver. Jan. 1873 10 Agr.; Berlin: Schramm Dec. 10 Agr., Feinisch Jan. 5 Agr., Manufactur- u. Handarb.-Gen. 6 Agr., Metallarb.-Gewerksch. Januar 4 Agr.; Breslau: soz.-demokr. Arbeiterpartei Jan. 1 Thlr. 3 Agr.; Berlin: Arbeiterverein Jan. 29 Agr., Sattlerei Jan. 8 Agr.; Köln: Fall Dec. 5 Agr., Arbeiterverein Dec. 14 Agr., Arbeiterpartei Dec. 8, Jan. 4 Agr.; Dresden: Arbeiterbildungs-Ver. Jan. 16 Agr., Association „Lucas“ Jan. 6 Agr.; Erlangen: Arbeiterpartei Jan. 6 Agr.; Frankfurt a. M.: Verein der Bierbrauer Jan. 11 Agr., Arbeiter-Partei Jan. 4 Agr.; Freiburg: Volksverein Jan. 5 Agr.; Gotha: Arb.-Partei Dec. 7 Agr., Jan. 7 Agr.; Wittbauer 4 Agr.; Glanhan: Volksverein Jan. 3 Thlr. 2 Agr.; Hannover: Arb.-Partei Jan. 5 Agr., Arb.-Ver. Dez. 20 Agr.; Hamburg: Arbeiterverein Jan. 24 Agr.; Königsberg: Arbeiterpartei Jan. 4 Agr.; Marburg: Arbeiterpartei Dec. 1 Thlr. 20 Agr.; Stuttgart: Schuhmachergewerkschaft Dec. 3 Agr.; Stolberg i. Sachl. Arb.-Partei Jan. 8 Agr.; Spandau: Arb.-Partei Dec. 6 Agr.; Wiesbaden: Arb.-Partei Jan. 7 Agr.

Die Redaktionen früherer Monate werden in nächster Nummer bekannt gemacht.

Die Parteiblätter werden ersucht, nach ihrem Leserkreis von Obigem Notiz zu nehmen.

Briefkasten

der Expedition: Lemoine in Mainz für Schriften 1 Thlr. 12 Gr. Braschovan in Bielefeld für Abonn. 1 Thlr. 4 Gr. Liebenwirth für Schriften 18 Gr. St. in Mainz für Schriften 17 Gr. Hartmann in Münchenbernsdorf für Schriften 26 Gr. Comité des Gewerkschaftsvereins Leipzig für Annoncen 14 Gr. Jahrgang der Kirschner für Annoncen pro Januar 28 Gr., pro Februar 23 Gr. Eisner in St. Johann für Abonnement Januar und Februar 18 Gr. Weykopf in Hannover für viertes Quartal 9 Thlr. 16 Gr. 5 Pf. Bergmann in Kradenheide für Schriften 1 Thlr. 8 Gr. Bading in Berlin für Schriften 4 Thlr. 23 Gr. 2 Pf. für Annoncen 4 Gr.; für Abonnement viertes Quartal 5 Thlr. 26 Gr. Michaeli in Berlin für Schriften 29 Gr. Barwig in Bremerhaven für Telegramm nach Magdeburg 10 Gr. Müller, Colp. hier, für erstes Qu. 10 Thlr. Gamm in Erlangen für Abonn. erstes Qu. 11 Thlr. Kless in Magdeburg für Schriften 6 Thlr. Silbermann in Bielefeld für Schriften 4 Thlr. 16 Gr. Tänder in Bielefeld für Schriften 20 Gr. 2 Pf. Andreis in Augsburg für Abonn. viertes Quartal 10 Thlr., für erstes Quartal 10 Thlr. Raumann in Rembold für Abonn. erstes Quartal 5 Thlr. Ringscheid in Barmen für Schriften 6 Gr. Weib in Hamburg: die verlangte Schrift noch nicht von Nürnberg eingetroffen. Trautmann in Berlin: die 4 Sgr. werden wahrscheinlich Stempelsteuer, nicht Porto sein.

der Redaktion: Sch. in München: Diese Nummer unmöglich; erst über acht Tage. — Knos in Dresden nächste Nummer.

Anzeigen etc.

Berlin. Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Montag, den 10. März, Abends 8 1/2 Uhr, bei Widow, Weberstraße 24a. — Tagesordnung: „Das Haftpflichtgesetz“. Referent: Herr Kauffer. Um zahlreiche Theilnahme bittet Der Vertrauensmann. Jeden Sonntag Abend gemüthliche Zusammenkunft der Parteigenossen im Café Scheibler, Münzstr. 3.

Breslau. Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Montag, den 10. d. M., Abends 8 Uhr: Öffentliche Versammlung in Kubners Restauration, Vorderbleiche Nr. 2. Tagesordnung: „Die Sozialdemokratie und ihre Gegner“. Vortrag von Dietzsch. Um pünktliches und vollständiges Erscheinen bittet D. Dehmer.

Duisburg. Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Sonntag den 9. März, Abends 5 Uhr: Mitgliederversammlung beim Wirth H. Höfchen, Postgasse 90. — Tagesordnung: „Die Diktatur und das souveräne Volk“. Die Mitglieder müssen alle am Plage sein. Gäste, die sich ordentlich betragen und die parlamentarische Ordnung achten, sind willkommen. Der Vertrauensmann.

Gießen. Die Parteigenossen versammeln sich alle Montag Abends 8 Uhr im Promenadenhaus, oberes Zimmer. Alle Briefe u. s. w. in Sachen der Partei sind zu senden an L. Dr. Schreiner bei Chr. Schopach, Neue Bäu. — Der „Vollstaat“ liegt an in der Restauration von Hoffmann aus. — Die Parteigenossen werden ersucht, dies zu berücksichtigen.

Hamburg. Sozialdemokratische Arbeiterverein. Versammlung am Montag den 10. März, Abends 9 Uhr, in Hansch's Clublokal, Schauenburgerstr. 14. — Tagesordnung: 1) Abrechnung; 2) Wahl des Vorstandes; 3) Wahl eines Sommerfest-Comité's; 4) die Bäuerische Broschüre. Die Mitgliedsarten sind vorzulegen.

Leipzig. Gewerkschaft der Holzarbeiter. Sonnabend den 8. März: Versammlung bei Zeißler Windmühlstraße 7. — Tagesordnung: „Die Arbeiterbewegung“. Hr. Rauert. — Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Der Vorstand.

London. Arbeiterbildungsverein. Deutsche Section der Internationalen Arbeiterassoziation. Unser Lokal befindet sich jetzt: 81 Blue Post Newmarket Street, Oxford Street W. C. — Es finden abwechselnd Vorträge über soziale und politische Fragen statt. — Im Namen des Vereins: der Sekretär. — Meine Adresse ist: F. Lehner, 2 Fitzroy Str. Fitzroy Sq.

Menschönefeldsb. Leipzig. Die Mitglieder der Arbeitervereins versammeln sich Montag den 10. März, Abends 8 Uhr, im Vergesslichen. Der prov. Vorstand.

New-York. Section I. der Internationalen Arbeiterassoziation (Allgemeiner deutscher Arbeiterverein) zu New-York versammelt sich jeden Sonntag Abend 8 Uhr im 10. Ward Hotel corner (Eck) of Broome & Forsyth Str.

Thonberg bei Leipzig. Arbeiterverein für Thonberg und Umgegend. Montag den 10. März, Abends halb neun Uhr: Versammlung im „Gasthaus zum Thonberg“. Mitglieder und die es werden wollen, haben Zutritt. Der prov. Vorstand.

Dem Vater, Gatten und Genossen

F. A. Sorge

gewidmet von der Section der F. A. A. Nr. 1.

Draußen auf weiter Aus Hand eine jarie Blume; der Wanderer, der vorüberzog, blieb sinend stehen, herzinigig ercent über die schöne Blüthe. Da ward es Nacht, Wolken überzogen sich, der Sturm brauste über die Felder, und am andern Morgen, das Blümchen war — nicht geknickt — aber mit all den Wursten ausgegraben und gepflanzt an einen sichern Ort, ins Herz des Gärtners, des stillen Wanderers, und „Dort grüht es immer und blüht so fort.“

Das Blümchen war sie, die Du verlorst, die wir gekannt. Wie ein heller Krystall war ihre Seele, rein und klar. Unberührt von der Häßlichkeit der modernen Gesellschaft, gefaltete sich in ihrem Herzen eine eigene Welt, bildete sich ein Verständnis für das größte, edelste, was der Mensch erstrebt, des Vaters Ringen durch das Leben, ihr war es kein Geheimniß.

Wir achten den Schmerz, den Du empfindest, wir wissen, Du hast ein Herz verloren, das für Dich schlug, das mit Dir empfand.

Wohl, dieses Herz bedarf Deiner nicht mehr, laß das Blümchen grünen und fortschleichen dort, wohin es der Sturm verpflanzt, aber Du bleibst noch andere Herzen, die Deiner bedürfen. Sie haben nicht weniger Anspruch auf Deine Liebe, Deine Sorge. Deine Gattin, sie bedarf der doppelten Liebe — für sie mußt Du leben, — Deine zwei Knaben für sie mußt Du wirken und wachsen. Jung und biegsam, wie sie sind, erziehe sie zu Männern, die klar erkennen und ernstlich streben nach der Gerechtigkeit, was des Menschen Herz bewegt. Und was giebt es Größeres, Schöneres, als die Befreiung der großen Masse aus dem Elende, was sie drückt? Und für dies mußt Du auch leben! — Du mußt wirken für die Aufgabe Deines Lebens und am Ende Deiner Tage wird ein Flamme in dem Herzen des großen Proletariats geschrieben sein.

„Er war arm wie wir, aber in seinem Herzen war Raum für ein Welt!“

Das Comité:

Newyork. F. Voltz. B. Dettle. C. Carl.

Sozialdemokratische Abhandlungen von M. Rittinghausen. Fünftes Heft: Widerlegung der gegen die direkte Gesetzgebung durch das Volk gerichteten Einwürfe. Preis, äußerst billig gestellt, 6 Silbergroschen. Mit diesem (6 Druckbogen starken) Heft, welches sich den früher erschienenen auch dem Inhalte nach anschließt, liegt nun der Leserwelt ab die direkte Gesetzgebung durch das Volk ein vollständiges Werk vor, das erste in deutscher Sprache. Manche für die Sozialdemokratie wichtige Fragen, z. B. die „Breadthonsche Idee der Anarchie“, wird in den fünften Heft gründlich besprochen. Gegen franco-Einsendung von 6 Sgr. 8 Pf. (in Briefmarken) an die Adresse: Rittinghausen, Köln, Gereonstraße 36, erhält der Besteller das Heft portofrei unter Kreuzband. Zusammen bezogen auf diese Weise, kosten die fünf Hefte 17 Sgr.

Genossenschaftsbuchdruckerei. Antheilscheine bez. Antheilquittungen erließen ferner: in Hamburg J. M. Thlr. 5, A. B. 1, F. 2, 4, Th. 2, Ch. 1, C. 5, 1; in Wandsbeck F. M. 2, G. 3, C. 2, 3, D. 3, Fr. M. 2, Ph. M. 1, C. M. 1; in Frankenhäuser A. 5, 1; in Gröbital C. B. 5; in Hannover A. 1, B. 1, W. 1, 3, 3, 1, F. 1, C. 1, F. 1, A. 1, A. 2, 2, F. 1; in Augsburg J. C. 5, Ch. 5; in Stolberg C. 1; in Leipzig A. 5. Hadlich.

Fond für pol. Gemäßigtele. Ben G. Walter in Barmen Thlr. 3, durch J. Andreis in Augsburg von zwei Zungen, die das Geld lieber den Inhabern als dem Staat schenken 10 Gr. 2 Pf., durch Hübner in Merane von den wackeren Michael Kröber und Friedrich Schäfer, früher in Merane, jetzt in Dallas (Amerika) 2 1/2 Dollar.

Leipzig: Verantw. Redakteur R. Seiffert. (Redaktion und Expedition Hofstr. 4.) Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei.